

Zu TOP 4 der Gemeindevertreterversammlung am 22.06.2017

Befristete Einrichtung einer weiteren Kindergartengruppe zum neuen Kindergartenjahr

Sachverhalt:

Seit einiger Zeit wird zwischen Verwaltung und Kindergartenleitungen die Belegung zum neuen Kindergartenjahr organisiert.

Der bisher beobachtete Trend, dass zunehmend Kindergartenplätze beansprucht werden hat sich weiter fortgesetzt. Hinzu kommt, dass weitere Integrationen beantragt wurden, durch die Plätze verloren gehen und sich durch den Verkauf von Häusern ein zunehmender Generationswechsel mit vermehrt Kleinkindern vollzieht. Nur relativ geringe Auswirkungen hat die Aufnahme der Kinder von Asylbewerbern. Alternative Aufnahmemöglichkeiten in der Tagespflege und ortsansässigen Montessori-Einrichtung sowie im Kinderhaus in Calden sind ebenfalls aufgrund vorliegender Anmeldungen zum Kindergartenjahr 2017/2018 voll ausgeschöpft.

Zum Beginn des kommenden Kindergartenjahres könnten bei Beibehaltung der bisherigen Gruppensituation nicht alle Aufnahmewünsche erfüllt werden. Diese Situation wird sich wieder entspannen, wenn das Kinderhaus Calden den Betrieb der geplanten Einrichtung aufnimmt.

Seitens der Verwaltung wurde daher geprüft, welche Übergangslösungen möglich sind.

Da in keinem der bestehenden Kindergärten weitere räumliche Kapazitäten zur Verfügung stehen, wurden externe Lösungen untersucht (Pfarrhaus Kammerberg, Containerlösung, Schulen). Die geeignetste und zugleich kostengünstigste Lösung ist ein freier Klassenraum nebst Nebenräumen in der Grundschule Weimar. Von der Schulleitung sowie vom Schulträger wurde Zustimmung zur befristeten Nutzung in Aussicht gestellt. Möglich wäre eine eingruppige Einrichtung als Außenstelle des Kindergartens Weimar einzurichten, in der Kinder im Vorschulalter (5 bis 6-Jährige) betreut werden.

Bei jeder Erweiterung eines Kindergartens muss eine Änderung der Betriebserlaubnis beantragt werden, an der neben der Fachaufsicht des Jugendamtes auch die Unfallkasse Hessen, das Gesundheitsamt, das Veterinäramt, die Bauaufsicht sowie das Brandschutzamt zu beteiligen sind. Diese Institutionen haben grundsätzlich ihre Zustimmung signalisiert, wobei kleinere Schutzmaßnahmen (z. B. Steckdosenschutz, Abtrennung am Gartenteich, Veränderungen im Zusammenhang mit der Essensausgabe und Essenseinnahme) umzusetzen wären.

Die geplante Lösung wurde bei einem Elternabend im Kindergarten Weimar vorgestellt. Seitens der Eltern wurde darum gebeten, alternativ noch eine Containerlösung zu prüfen, wobei als Standort ein privates Nachbargrundstück einer Familie von Kindergarteneltern, die dazu grundsätzlich ihre Zustimmung signalisiert hatte, zur Verfügung gestellt werden

sollte. Dabei handelt es sich um ein Hinterliegergrundstück am Bahndamm, das nicht durch eine Straße erschlossen ist.

Eine solche Lösung bringt neben dem finanziellen Aspekt zahlreiche Probleme mit sich:

- Nichterreichbarkeit des Grundstücks mit Fahrzeugen
- Containerelemente müssten –soweit das überhaupt technisch möglich ist- mit einem Kran von der Königsfahrt über eine Distanz von ca. 40 m gehoben werden
- Abschüssiges Grundstück müsste geebnet und befestigt werden
- Zugang zum Grundstück (Weg, ca. 40 m) müsste geschaffen werden
- Treppe einschl. Sicherungsmaßnahmen (Geländer, usw.) müsste errichtet werden (wegen starkem Höhenunterschied)
- Grundstück ist sehr schmal (ca. 9 m), Grenzabstand zum Nachbargrundstück könnte ggf. nicht eingehalten werden oder Zustimmung wäre erforderlich.
- Soweit keine autonome Lösung möglich ist, müssten –soweit dies technisch überhaupt möglich ist- die Versorgungsleitungen (Kanal, Wasser, Strom, Heizung) hergestellt werden.
- Zusatzversicherung des Gebäudes wäre erforderlich.

Folgende Kosten würden entstehen:

Containermiete (für 12 Monate), Lieferung Montage, gem. einem vorliegenden Angebot	ca. 25.000
Bau eines Weges (ca. 40 m),	geschätzt 20.000
Herstellung Ver- und Entsorgungsleitungen –soweit technisch möglich	geschätzt 20.000
Bau einer Treppe zur Überwindung der Böschung	geschätzt 10.000
insgesamt	75.000

Dazu kommen Kosten für Einebnung des Grundstücks, sowie die Kosten eines Krans (die Möglichkeit des Einsatzes müsste vor Ort begutachtet werden) von je ca. 2.500 für Auf- und Abbau zuzüglich der Einsatz und Arbeitsstunden (tel. Auskunft der anbietenden Fachfirma). Außerdem fallen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch weitere nicht exakt bestimmbare Kosten, wie z. B. für Pacht für das Grundstück, Einfriedung, usw. an.

Eine Umsetzung in Containerbauweise zum Beginn des neuen Kindergartenjahres wäre zeitlich ambitioniert, da die Anmietung des Containers sowie die Bauleistungen zunächst öffentlich ausgeschrieben werden müssten und die Beantragung einer Baugenehmigung erforderlich ist. Auch müssten alle o. g. Genehmigungsbehörden beteiligt werden.

Die Lösung in der Helfensteinschule wäre aus finanzieller Sicht bei Weitem die günstigere Variante. Hier wäre lediglich eine Nutzungsentschädigung an den Landkreis Kassel zu entrichten.

Seitens der Kindergartenleitung wurde eine geändertes Konzept, das auch für die Beantragung der Betriebserlaubnis erforderlich ist, entwickelt. Dabei wurden auch die für die Helfensteinschule sprechenden pädagogischen Gesichtspunkte u. a. wie folgt definiert:

- Im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung beginnt für alle Kinder eine besondere Übergangsphase. Die Kinder entwickeln allmählich mehr und mehr das Bedürfnis nach Selbstständigkeit und Eigenverantwortung. Sie sind hoch motiviert, sich auf den neuen Lebensraum Schule einzulassen.
- Die Kinder werden schon früh mit der neuen Umgebung „Schule“ vertraut gemacht. Ein sanfter Übergang kann angebahnt werden, um als Schulkind motiviert und angstfrei lernen zu können.
- Seitens der Schule wurde angeboten, dass die Schüler aus der 3. Klasse eine Patenschaft für die Kindergartenkinder übernehmen könnten. Die Kindergartenkinder lernen dann gleich zu Beginn ein Schulkind kennen, das ihnen unterstützend und helfend zur Seite steht. Dies ist eine gute Möglichkeit, Sicherheit und Selbstvertrauen zu fördern.

Bei einer Containerlösung gibt es deutlich weniger Möglichkeiten der Gestaltung der pädagogischen Angebote durch geringeres Raumangebot im Vergleich zur Schule. Die dort angesiedelte Gruppe würde abgegrenzt, weil keine unmittelbare Anbindung an das Gebäude existiert.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen kann gesagt werden, dass im Haushalt 2017 Mittel für die Einrichtung einer Krippengruppe im KiGa Regenbogen, sowohl für Personal (ca. 10.000 €) als auch für Investitionen (netto 15.000 €) eingeplant waren. Da diese Lösung wegen der Vergabe an einen freien Träger nicht zum Zuge gekommen ist, stehen diese Mittel zur Verfügung.

Mittel für eine Containerlösung stehen in der o. g. Größenordnung im Haushalt 2017 nicht zur Verfügung. Ggf. müsste dann ein Nachtragshaushalt erstellt werden.

Die Personalausstattung der geplanten Gruppe orientiert sich an den Vorgaben des KiFöG. Danach ist ein Personalbedarf von derzeit 46,5 Std./Woche erforderlich. Die Personalkosten dafür werden in 2017 (14.08. – 31.12.17) voraussichtlich ca. 20.000 € betragen. Bereits im Haushalt 2017 waren 9.353 € eingeplant, die darüber hinaus erforderlichen Mittel stehen aus der erst später umsetzbaren Einstellung von Springkräften (geplant war der 01.01. – wegen der späten Haushaltsgenehmigung erfolgt die Umsetzung demnächst). Zusätzlich wird in der Gruppe eine Einzelintegration mit einer separaten Integrationskraft (15 Std./Woche) eingerichtet.

Der Gemeindevorstand hat empfohlen zu beschließen, zur Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen in Ahnatal im Kindergartenjahr 2017/2018 eine befristete eingruppige Einrichtung als Außenstelle des Kindergartens Weimar in der Helfensteinschule einzurichten und den Gemeindevorstand zu beauftragen, die personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, zur Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen in Ahnatal im Kindergartenjahr 2017/2018 eine befristete eingruppige Einrichtung als Außenstelle des Kindergartens Weimar in der Helfensteinschule einzurichten. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Michael Aufenanger, Bürgermeister